

Weltweit zwölfmal mehr fürs Militär

Die Militärausgaben waren noch nie so hoch. Für Entwicklungshilfe gibt es nur einen Bruchteil

Aus Stockholm **Reinhard Wolff**

Die weltweiten Militärausgaben haben 2018 einen neuen Rekord erreicht. Sie beliefen sich auf 1.800.000.000.000 Dollar, ein Anstieg von 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Sie sind damit so hoch wie noch nie seit 1988, dem ersten Jahr, für das entsprechende Daten erhoben worden waren. Diese Zahlen präsentiert das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri am Montag in seinem jährlichen Bericht über weltweite Militärausgaben.

Die USA und China stehen allein für die Hälfte dieser Ausgaben. „Das hohe Niveau für das Jahr 2018 ist hauptsächlich dem bemerkenswert hohen Anstieg der Militärausgaben in diesen beiden Ländern geschuldet“, sagt Sipri-Forscher Nan Tian. China ist mit 14 Prozent der globalen Ausgaben die weltweit zweitgrößte Militärmacht und gibt mit 250 Milliarden Dollar 5 Prozent mehr für seine Streitkräfte aus als im Vorjahr – zehnmal so viel wie noch 1994. Das Wachstum folge aber dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum des Landes, sagt Tian: „China hat seit 2013 alljährlich 1,9 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in das Militär gesteckt.“

Die USA dagegen steckten bei niedrigerem Wirtschaftswachstum 4,6 Prozent mehr ins Militär, insgesamt 649 Milliarden Dollar. Bemerkenswert sei allerdings, dass dies die erste Steigerung seit 2010 war, sagt Aude Fleurant von Sipri: „Sie ist vor allem zurückzuführen auf das 2017 unter der Trump-Administration beschlossene neue Rüstungsbeschaffungsprogramm.“ Die USA als größte Militärmacht der Welt gebe damit für diesen Sektor etwa ge-

Die USA geben für das Militär so viel aus wie die auf der Topliste folgenden nächsten acht Staaten zusammen

nauso viel aus wie die auf der globalen Topliste folgenden nächsten acht Staaten zusammen.

Wuchsen die Militärausgaben Chinas in den letzten 24 Jahren in Folge kontinuierlich an, gilt das für die gesamte Region Asien-Ozeanien sogar schon seit 1988. Auf 507 Milliarden Dollar belief sich deren Summe für 2018, entsprechend 28 Prozent der globalen Ausgaben für das Militär. Vor 30 Jahren betrug der Anteil dieser Region erst 9 Prozent. Neben China sei dies vor allem dem Anstieg dieser Ausgaben in Indien, Pakistan und Südkorea geschuldet, konstatiert der Sipri-Forscher Siemon Wezeman: „Die Spannungen zwischen den asiatischen Ländern und zwischen China und den USA haben diese Ausgaben nach oben getrieben.“

Deutliche prozentuale Steigerungen weisen aber auch manche europäische Staaten auf. Polen beispielsweise mit einem Plus von 8,9 Prozent gegenüber 2017, bei der Ukraine waren es 21 Prozent und in Staaten wie Lettland, Litauen, Rumänien und Bulgarien zwischen 18 und 24 Prozent. Sipri macht hierfür „das Gefühl einer wachsenden Bedrohung durch Russland“ verantwortlich. Wobei die Militärausgaben Russlands auch im vergangenen Jahr erneut um 3,5 Prozent zurückgingen. Mit 61,4 Milliarden entsprachen diese Ausgaben weniger als einem Zehntel der US-amerikanischen oder 88 Prozent der osteuropäischen Staaten zusammen. In der globalen Topliste der Militärmächte hatte Russland vor zwei Jahren noch auf dem dritten Platz gelegen, nun ist es hinter Saudi-Arabien, Indien und Frankreich auf dem sechsten Platz.

Auf Platz acht liegt Deutschland mit Ausgaben von 49,5 Milliarden Dollar. Die Steigerungsrate gegenüber dem Vorjahr betrug 1,8, die seit 2009 9 Prozent. Für das siebtplatzierte Großbritannien ergab sich für diesen Zeitraum ein Minus von 17 Prozent, die dortigen Ausgaben lagen 2018 bei 50 Milliarden. Wahrscheinlich wird Berlin Großbritannien in den nächsten Jahren überholen, weil der Anteil der Militärausgaben von 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hierzulande steigen soll.

Nach einem Abwärtstrend nach dem Kalten Krieg liegen die globalen Rüstungsausgaben 2018 nun 76 Prozent höher als 1998. Weltweit würden im Schnitt 2,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ins Militär gesteckt, pro Kopf jährlich 239 Dollar. Laut aktuellen OECD-Zahlen sind das 12,5-mal so viel wie die öffentliche Entwicklungshilfe.

Zahl des Tages

109.791

Briefkästen

Schreibt noch jemand da draußen Briefe? Mit geschwungener Handschrift auf Papier, Worte der Liebe, der Freundschaft, Berichte von den Fronten des Alltags und den Untiefen des Lebens? Eben diese Meldung gelesen: In Deutschland stehen noch **109.791 Briefkästen**, 2,3 Prozent weniger als 2011. Und sie werden seltener geleert, Heute kommen nur noch 88,3 Prozent der Sendungen einen Tag später an, früher waren es 93,7 Prozent. Über den psychischen Zustand der Briefkästen sagt die Statistik freilich nichts aus: immer weniger gefüllt, und wenn, dann vor allem mit schnöder Post an Behörden sind die armen Kästen der Poesie und menschlichen Wärme entvöhnt. Wir sollten gelegentlich einen Smiley verschicken, per Post, an wen auch immer.

Klatsche für Bayer-Chef

Nach dem Monsanto-Debakel verweigern die Aktionäre die Entlastung des Vorstands. Die Zukunft des Vorsitzenden Werner Baumann ist ungewiss

Von **Andreas Wyputta**

Mit einem historisch einmaligen Misstrauensvotum haben die Aktionäre der Bayer AG dem Vorstand rund um Bayer-Chef Werner Baumann die Entlastung verweigert. Bei der Hauptversammlung des Chemieriesen in Bonn stimmten am späten Freitagabend 55,5 Prozent der Investoren gegen das Top-Management. Baumann ist damit der erste Vorstandsvorsitzende eines im Deutschen Aktien-Index DAX gelisteten Konzerns, dem die Aktionäre das Vertrauen entzogen haben.

Hauptgrund dafür ist der von Baumann federführend vorangetriebene Kauf des umstrittenen US-amerikanischen Chemie- und Biotechnikkonzerns Monsanto. Dieser produziert das weltweit meistverkaufte Pestizid Glyphosat, das die Krebsforschungsgesellschaft der Weltge-

sundheitsorganisation WHO schon 2015 als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft hat. Eingekauft hat sich Bayer damit Prozessrisiken in Milliardenhöhe: Allein in den USA klagen bereits 13.400 Menschen gegen Bayer, sie machen den Konzern für ihre Krebserkrankungen verantwortlich.

Die Hauptversammlung glich deshalb in weiten Teilen einem Tribunal gegen Baumann. „Nie zuvor hat ein DAX-Konzern Reputation und Wert so schnell eingebüßt. Das ist eine Schande“, kritisierte etwa Mark Tümmeler von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW). Gehört wurde aber auch Stimmen, die auf dem Ticket kritischer Aktionäre an dem Treffen teilnehmen konnten: Als Sarah Schneider von der kirchlichen Hilfsorganisation Misereor kritisierte, Bayer mache mit in Europa längst verbo-

tenen Pestiziden Profite in Entwicklungsländern, waren die rund 3.600 Aktionäre im Saal extrem still. Und Imker machten Bayers Insektizide für das Bienensterben verantwortlich.

Aufsichtsrat steht zu ihm

Die Zukunft von Bayer-Chef Baumann ist jetzt auch wegen dieser selbst von Großaktionären beklagten „Reputationsrisiken“ unklar. Rechtlich hat die Nichtentlastung des Vorstands allerdings keine unmittelbaren Folgen. Der von den Aktionären im Gegensatz zum Vorstand entlastete Bayer-Aufsichtsrat sprach Baumann noch in der Nacht das Vertrauen aus. Ob das ausreicht, ist aber offen. Im angelsächsischen Raum etwa gilt schon der Verlust des Vertrauens von mehr als 20 Prozent der Investoren als Rücktrittsgrund für einen Vorstandschef.

meinung + diskussion 12



Blockierten vergangene Woche ein Steinkohlekraftwerk: Klimaaktivistinnen in Rotterdam
Foto: Pay Numrich

Holland in Klima-Not

Während die niederländische Politik sich beim geplanten Klimagesetz windet, drängen AktivistInnen auf ein schnelleres Vorgehen beim Ausstieg aus fossiler Energie

Aus Amsterdam **Tobias Müller**

Der Königsdag, das beliebteste Straßenfest der Niederlande, hatte in diesem Jahr auch eine ökologische Botschaft: „Willkommen in Amersfoort am Meer“ stand auf einem Banner, das AktivistInnen der „Extinction Rebellion“-Bewegung am Samstag über einer Gracht befestigten. Im Wasser trieben weitere AktivistInnen, die mit Schildern vor Folgen des Klimawandels warnten. Amersfoort, das zum Geburtstag des Königs dessen Familie sowie Zehntausende Besucher empfing, liegt 80 Kilometer von der Küste entfernt.

Es war die letzte einer Reihe von Aktionen im Rahmen der zweiwöchigen Kampagne von Extinction Rebellion in den Niederlanden. Mitte April wurde der Eingang zum internationalen Gerichtshof in Den Haag besetzt. Die Botschaft: Ökoidol ist strafbar werden. Wenige Tage später blockierte man das Hauptquartier des umstrittenen Multinational Shell.

Ende letzter Woche nahm die Bewegung, die in diesem Frühjahr aus Großbritannien auf den Kontinent kam, den Amsterdamer Berufsverkehr ins Visier. Rund 150 AktivistInnen blockierten in verschiedenen Vierteln jeweils sieben Minuten lang Straßen, um dann weiterzuziehen. „Dieses Schwärmen ist Teil einer Störtaktik, um den Alltag durcheinanderzubringen“, so Teilnehmer Bas Spruijt. „Wir wollen eine Krisensituation entwickeln, um die die Politik nicht mehr herumkommt.“

In der niederländischen Politik aber ist das Vorgehen in Sachen Klima strittig. Einerseits ist die Regierung weiterhin in Berufung gegen einen Gerichtsbeschluss, der sie zu sofortigen Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität verpflichtet. Andererseits steht das Klimagesetz, von seinen rot-grünen Initiatoren als „ambitioniertestes der Welt“ gepriesen, kurz vor der Annahme durch den Senat. Die zweite Kammer des Parlaments nahm dies Ende 2018

mit großer Mehrheit an. Der Preis dafür war indes, dass die angestrebte CO₂-Reduzierung 2030 bei 49 statt 55 Prozent liegt. Und statt eines vollkommen erneuerbaren Energiesektors 2050 strebt man nun eine „100 Prozent CO₂-neutrale Elektrizitätsproduktion“ an, was Ausnahmen im Gegenzug für Kom-

„Wir wollen eine Krisensituation entwickeln, um die die Politik nicht mehr herumkommt“
Bas Spruijt, Klimaaktivist

pensationen ermöglicht. Umweltorganisationen wie Urgenda oder Milieudefensie sehen das Klimagesetz daher ambivalent. Letzte Woche meldete sich daher auch die Gruppe Wij Stoppen Steenkool („Wir stoppen Steinkohle“) wieder einmal zu Wort. Im Morgengrauen drang-

gen AktivistInnen in ein Kohlekraftwerk im Rotterdamer Hafen ein. Vom Förderband aus entrollten sie ein Banner mit der Aufschrift „Planet Burning Machine“, verweisend auf die weitersteigenden CO₂-Emissionen der Niederlande. Rund 30 AktivistInnen wurden festgenommen. „Wenn es um Klimawandel geht, bedeutet, langsam zu gewinnen das Gleiche wie verlieren“, erklärte Wij Stoppen Steenkool.

Die politischen Entwicklungen lassen derweil erahnen, dass ökologische Akteure vor einer Geduldssprobe stehen. Im März gewann das populistische Forum voor Democratie (FvD) die Provinzialwahlen, deren Chef, Thierry Baudet, Maßnahmen zum Klimaschutz als „kollektiven Wahnsinn“ abtut. Welchen Einfluss dies auf den Rest des konservativen Spektrums hat, bewies zuletzt Premier Mark Rutte. In einer TV-Show warf er der Partei GroenLinks vor, sie wolle, dass „alle mit Wollsocken wie in einem Schwarzweißfoto leben“.